

Ist Notstandsgesetzgebung ein Wahlthema?

Lebensfragen unseres Volkes im Kulissendunkel

Der „Mißgeburten“-Kanzler

Strauß für „neuen Führer“

Wie groß ist die Macht der CDU/CSU-Ultras?

Rückendeckung durch die aggressivsten Monopole

Geplatzt Wahltaktik – erzwungene Kraftprobe

Wichtige Ergebnisse konsequenter DDR-Politik

# Sicher ist nur die Gefahr – CDU

Erhard hat sich viel vorgenommen: Adenauers Rekorde sollen fallen – 18 000 Kilometer will er auf seiner Stimmfang-Tour mit dem Sonderzug zurücklegen, über 500mal den Bundesbürgern in Wahlreden erklären, warum sie CDU wählen sollen, warum „Unsere Sicherheit – CDU“ ist, wie der CDU-Wahllogan im Original heißt.

Vom „Er hat“ auch nötig, bis zum „Ob das was hilft?“ ist sich ein großer Teil der Presse darin einig, daß die CDU/CSU den schwersten Wahlkampf ihrer Geschichte zu bestehen habe. Woraus resultiert diese Unsicherheit, die so ganz und gar nicht mit dem Optimismus des Slogans übereinstimmt? Ist die mandatsvertreter Skepsis berechtigt? Haben sich die westdeutschen Wähler tatsächlich feindlich? Erkennen sie die Gefährlichkeit der CDU-Politik?

Mancher vermittelte ein umfassendes Wahlprogramm der CDU. Weder der Märzpartei noch die den Wahlkampf einleitenden Reden auf der Dortmund Kundgebung im August enthielten ein echtes Programm. Es war vielmehr erklärte

Absicht der CDU/CSU, unter dem Lügengewebe vom „fairen Wahlkampf“ von den Lebensfragen des deutschen Volkes zu abstrahieren – Atomwaffen seien kein Wahlthema, Notstandsgesetzgebung habe mit dem Wahlkampf nichts zu tun, Passierscheinabkommen nichts in der öffentlichen Diskussion zu suchen. Und „Die Welt“ heute betroffen auf, als Differenzen zwischen Erhard und Brandt in der Passierscheinfrage doch in der Öffentlichkeit bekannt wurden.

Die Abstimmungsabsichten der CDU erwiesen sich auch in den anderen Punkten als Fehlkalkulation. Es ist nicht zuletzt Verdienst der DDR, daß Studenten, Hochschulhörer, Schriftsteller, Gewerkschafter diese Lebensfragen nicht im Kulissendunkel ließen, sondern ins Rampenlicht zogen. Die Reaktion war dementsprechend: Akkurat wie ein Falschspieler, dem aufmerksames Publikum durch einen aufgedeckten Trick die Show gestohlen hat, begann Erhard zu schimpfen. Das „Bonnener, Nichtkaiser-, Schorlatane-, Pinscher“-Geschrei ist hinreichend bekannt. Noch nicht so geläufig sind vielleicht die jüngsten Entgleisungen eines Kanzlers. Hamburger CDU-Gegnern brüllte er vergangene Woche „Mißgeburten“ und „Jasige Schnauzen“ zu. Polizeiknippel und Saalschlägen durch den CDU-Saalschutz zeigten jedoch sofort, wodurch Erhard und seine Bande sich von gewöhnlichen Falschspielern unterscheiden: Sie sind gemeingefährlich, denn sie haben die Macht.

Diese Macht der Ultras muß real beurteilen, wer real einschätzen will, wie gefährlich das Geschrei ist, daß Adenauer, Strauß, Erhard nicht anstimmten. Der „faire Wahlkampf“ ist passé. Um Atomkrieg, Abrüstung, Notstandsgesetz herumzureden verbietet ein wachsender Teil der westdeutschen Wähler, verbietet das „wahrende Gewissen der Friedenskräfte“ (Walter Ulbricht), verbietet die DDR. Und nun gibt es keine größere Wahlrede der CDU/CSU-Prominenz, in der sie nicht lauthals nach Atomwaffen schreien, ihre revanchistischen Ziele verkünden und teils sogar zugeben, wie sie diese Ziele um jeden Preis erreichen wollen.

Erhard will an der Planung von Atomwaffen mitarbeiten; Barzel verlangt Honorar für Bonns NATO-Beitrag; Adenauer beschimpft alle, die Bonns Ansprüche auf Atomwaffen und die Grenzen von 1937 nicht eindeutig genug unterstützen – einschließlich seiner NATO-Verbündeten; Strauß schließlich warnt vor einem Friedensvertrag, den er demagogisch als „neues Versailles“ zu verurteilen sucht. „Sonst kommt ein neuer Führer“.

Notstand, Revanchismus, Völkermord – das Panier ist entrollt. Schocktherapie? Man vergleiche die Ausfälle der CDU-Bosse mit Worten des „alten Führers“, der etwa so erklärte: Bestimmte Dinge zwingen mich, jahrzehntelang nur vom Frieden zu reden. Es war nun notwendig, das deutsche Volk darauf anzustellen, daß manche Sache gelöst werden, denn nur mit Gewalt gelöst wird. Aber nicht direkt, sondern indem gewisse außenpolitische Vorgänge so dargestellt wurden, daß das Volk von selbst nach Gewalt schreie.

Will Strauß selbst der von ihm angekündigte „neue Führer“ werden? Seine wie seiner Kampagne Hetze bezwecken jedenfalls nichts anderes, als die westdeutsche Bevölkerung an den Gedanken eines Krieges zu gewöhnen, den Krieg für unvermeidlich zu erklären.

Hier kommen wir auf unsere Frage vom Anfang zurück? Können sich die CDU-Ultras das leisten? Glauben sie, die westdeutsche Bevölkerung zum Schrei nach Gewalt bewegen zu

können? Sind sie mächtig genug, die mögliche und auch schon reale Reaktion auf solche Brückierung des Friedenswillens von Millionen Wählern zu überleben?

Sie haben starke Machtpositionen. Gegenwärtig den ganzen Staatsapparat mit zahlreichen Beamten, die sich unter Hitler ihre Sporen verdienten. Eine von Nazibürokraten durchsetzte Justiz samt der schon beschlossenen Notstandsgesetze, mit der schon seit geraumer Zeit nicht nur Kommunisten verfolgt, verurteilt, eingesperrt werden. Die stärkste Armee Westeuropas, besser ausgerüstet als die Hitlers unmittelbar vor Kriegbeginn, mit einer halben Million Soldaten, deren größter Teil die Kommunisten als Todfeind ansieht (von denen ein nicht unbeträchtlicher Teil auch wählen wird).

Dazu die Rückendeckung durch die reaktionärsten, an Rüstung und Krieg am meisten interessierten, gerade deshalb in der Regel auch stärksten Monopole. Uns ist nicht neu, wo Bonner Politik gemacht wird – schon 1963 gab Außenminister Schröder eine außenpolitische Grundsatzklärung nicht etwa im Parlament, sondern vor der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie ab. Doch noch in keinem Jahr engagierten sich die Monopole so offensichtlich, wurden ihnen so viele und so gute Plätze auf den Landeslisten der CDU und CSU direkt reserviert.

Und durch diese Monopole haben sie auch das Geld, falls die aus den Steuergeldern – nur für die im Bundestag vertretenen Parteien – selbst bewilligten 131 Millionen (seit 1959) nicht reichen, falls auch Erhard, Spezialtitel „Aufklärung und Unterrichtung der Bevölkerung...“ im Presse- und Informationsamt erschöpft sein sollte, aus dem er schon für 1,3 Millionen Wahlzettel finanzierte, was er allerdings selbst nach Bonn doch sehr lockere Spielregeln nicht darf und weshalb in diesen Texten die Worte Wahl und CDU nicht vorkommen – aber außer dem alles (vgl. Faksimile).

Und sie haben die Meinungsmaschinerie, zu der wir in diesem Zusammenhang nicht nur die Presse, sondern mit Springer und seiner „Bildzeitung“ an der Spitze zählen, die nach wie vor Lebensfragen, ja am liebsten die Wahlen selbst ausklammert (vgl. UZ 34/65, Seite 3), ansonsten gegen Kommunisten und Demokraten hysterisch zu Felde zieht – sondern auch die einflussreiche Organisation der katholischen Kirche.

Wie stark deren Einfluß ist, beweist nicht nur die „Testwahl“ für den Saar-Landtag Ende Juni, wo die SPD zwar über 40 Prozent, aber eben weniger Stimmen als die CDU errang, wobei bisherige Erfahrungen zeigen, daß von den Kommunalwahlen über die Landtage bis zum Bundestag – je weniger also kommunalpolitische Dinge eine Rolle spielen – der SPD-Einfluß schrumpft.

Das beweisen vielmehr auch Adenauers kürzlich im ND im Wortlaut abgedruckte „Wahlrede“ (siehe Faksimile) und die Reaktion – Tränen der Rührung über baren Unsinn –, die beweist, daß „Bilds“ politische Analphabetisierung der westdeutschen Bevölkerung Wirkung hervorruft. „Als besonders ernst schätze ich die Sorglosigkeit und Vertrauensseligkeit so vieler Menschen in Westdeutschland ein.“ (Walter Ulbricht im Sonntagsgespräch des Deutschlandsenders am 1. August.) Zu den Sorglosen, Vertrauensseligen müssen wir auch jene zählen, die wohl bestimmte Auswirkungen der CDU-Politik ablehnen, wie z. B. zahlreiche Studenten den Bildungs-

notstand (vgl. 1. Juli), nicht aber die Kriegspolitik der CDU überhaupt, weil sie – dank gerade dieser CDU-„Bildungs“-politik nicht gewohnt, politische Zusammenhänge zu erkennen – solche Erscheinungen isoliert, eben nicht als Auswirkungen einer umfassenden Politik des Verderbens betrachten.

Die Bosse der CDU/CSU haben Übung in Demagogie. Sie haben auch heuer damit Erfolg. Aber weit weniger als bisher. Ihre Wahltaktik des Drumbeum-Redens ist geplatzt und die erzwungene Kraftprobe der brutalen Kriegs- und Revanchebetze im Wahlkampf – nicht bei „schönen Wetten“ (Adenauer-Wahlrede), sondern in eintrittspflichtigen, geschlossenen Kundgebungen – kostet mit Sicherheit Stimmen. Kann der westdeutschen Bevölkerung aber noch viel mehr kosten, wenn die Verdrößer dieser Kraftprobe gewinnen und – gestützt auf die für sie abgegebenen Stimmen – ihre geplanten Verbrechen ausführen dürfen.



Viele Bundesbürger haben diese Gefahr erkannt (vgl. UZ 33-33/65, Seite 13; UZ 34/65, Seite 1 u. a.). Wissen, daß die einzige „Sicherheit“, die die CDU in ihrer Wahlparole anpreist, die sichere Gefahr ist. Unter ihnen zahlreiche Intellektuelle – Professoren, Studenten vor allem und Schriftsteller; Gewerkschafter, wie der 8. Gewerkschaftstag der IG Metall so überaus deutlich machte.

Die Situation in Westdeutschland hat sich also gewandelt. Auch die Enthüllungen der DDR, die Entschlüsselung des Geheimnisses, wie Kriege vorbereitet werden, schon die Existenz eines friedliebenden sozialistischen Staates auf deutschem Boden und dazu bei einigen die Möglichkeit, wirklich demokratische Wahlvorbereitung bei uns erleben zu können, haben bewirkt, daß die Zahl der bewußten politischen Gegner der CDU/CSU sicher größer ist als die ihrer bewußten politischen Anhänger.

Was aber einleuchtet der „Sorglosigkeit und Vertrauensseligkeit“ so vieler unwissender, sentimentaler, traditionsgebundener, durch Glaubensbekenntnis sich gebunden fühlender Wähler noch nichts über den Ausgang der Wahl sagt, über den zu spekulieren wir drei Tage vor dem Wahltag nicht vorhaben.

Wir wissen auch, daß Wahlen – auch diese – nicht allein über die Politik entscheiden, doch man braucht nicht spekulieren über die Größe der Gefahr, wenn die Kriegsparteien gewinnen. Sicher ist: Die Gefahr wird immer größer, sie zu überwinden dann immer schwerer. Es bleibt politische Mitbestimmung, wie sie die IG Metall fordert, ist nur kaum die CDU/CSU zu erkämpfen. Schließlich, aber leichter gegen eine geschlagene Partei. Rolf Mehlert

Wortlaut einer Wahlrede von Dr. Konrad Adenauer, gehalten am 24. August 1963 in Westerholt, Kr. Recklinghausen. Meine Herren, meine Damen, liebe Jugendliche, meine lieben Parteifreunde und Heilspostellgenossen, dann solche, meine Damen und Herren, gibt es ja hier auch (Beifall). Ich weiß nicht, ob hier in Westerholt schon das gusse Tag über die Stimmzettel, bei uns am Rhein war es heute früh noch am Regen. Und jetzt schneit die Sonne. Das ist nicht schön.

Es geht um Deutschland. CDU. Wahlzettel mit Kandidatenlisten: Adenauer 1. W. 5000, Lorenz 1500, Maschberg 1200, Brandt 3500, Brandt 4700.

„Die Formierte Gesellschaft kennt keine Klassen“. Mitbürger tragen der Kanzler Antwort. 5 Heute: „Was ist mit der Formierten Gesellschaft und den Deutschen Klassenkämpfern?“

## Dreimal Demagogie:

Es ist offenbar nicht ganz im Sinne der Erfinder, was wir hier machen: drei Zeugnisse christlich-demokratischer Wahlpropaganda so dicht zusammenzubringen. Raffiniert, unverdächtig, primitiv – immer die Verpackung, die bestimmten Wählern grad gefallen könnte. Doch es tun sich Widersprüche auf. Eins verspricht, sich auf so wichtige innerpolitische Fragen wie „Städtebau, Verkehrspolitik, wissenschaftliche Forschung, Bildung, Gesundheit, Sport“ zu konzentrieren. Das andere orientiert auf den Überfall von Leipzig, Wrocław, Gdansk. Erhard behauptet, keine „Gruppe kann in dieser Gesellschaft ihre Ziele auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen“. Das Plakat fordert direkt dazu auf, die Interessen einer geringen Minderheit mit Gewalt – wie sonst? – durchzusetzen. Doch es geht nicht allein um die Gegenüberstellung. Das revanchistische Plakat, das die wahren Ziele der CDU mit der Schlagzeile „Es geht um Deutschland“ gar zu dürftig umhüllt, spricht für sich. Es geht der CDU um das alte Großdeutsche Reich der Monopole und Junker. Deutschland wird dabei erbarmungslos aufs Spiel gesetzt. Die Dummheit der Adenauer-Rede springt ins Auge. Aber – es ist das derselbe Adenauer, der Abend für Abend Freund und Feind verzeißt, beschimpft, weil sie sich nicht stark genug in seinem militaristischen Geschäft engagieren, und der hier den anspruchsvollen Rührpreis spielt, dem es nur darum geht, die Leute zum Lachen zu bringen. Etwas komplizierter wird die Problematik der Erhard-Anzeige. Daß die „Formierte Gesellschaft“ sich nicht durch Zwang formiert, das heißt nicht etwa, Erhard verzichte auf die Notstandsgesetze – nein, das ist nur eine gut klingende Phrase. Von einigen solchen Stellen abgesehen – wie das mit Klassen ist, fragt man am besten Metallarbeiter – verhandelt der Pinscher aber ganz im Stile seines Hase (Bundespresseschef v. Hase: „Ich habe noch nie bewußt eine ganze Unwahrheit gesagt.“) lauter Halbwahrheiten. So stimmt das „Steuermehraufkommen“ durchaus. Nur kommen dafür primär nicht Bund, Länder und Gemeinden auf, sondern die Steuerzahler. So ist auch der Satz mit der Infra-Struktur völlig wahr. Daß sie auf Kosten der Bauern und Handwerker geht, steht ja nicht dabei. Und schließlich mag der Bedarf von 260 Milliarden DM schon stimmen – aber „Sozialinvestitionen? Wer weiß schon, was sich hinter solchen Titeln verbirgt, daß z. B. militärische Forschung rund zwei Drittel der „wissenschaftlichen Forschung“ schluckt? Grad ein Absatz könnte absolut wahr sein! Der letzte – wenn man unterstellt, Erhard meine die Preise,

## WESTDEUTSCHE STUDENTEN GEGEN DIE ERHARD-POLITIK

Was Bundeskanzler Erhard auf seiner Wahlreise in der Universitätsstadt Tübingen erlebte, darüber berichtet die Hamburger „Zeit“: Mit erbittertem Gesicht skandieren die Studenten ihre Sprechchöre: Pinscher, Pinscher, Pinscher... Pfeife gellen, und die Bühnenvorhänge klingen bei der vorläufigen Akustik auf dem Marktplatz wie das Kriegsgeschrei der alten Germanen. Weder der örtliche Kandidat der CDU noch Ministerpräsident Kiesinger können den Aufruhr bändigen. „Hören Sie sich erst einmal an, was wir Ihnen zu sagen haben“, ruft Kiesinger den rebellierenden Studenten zu. Die Antwort kommt prompt: „Nichts.“

...Ludwig Erhard steht auf dem blumengeschmückten Balkon des Rathauses, aber sein Lächeln wirkt gequält, und die dicke Zigarre, die er

er pafft, verfährt diesmal keinen zum Schmunzeln. Man ist einander böse. Der Kanzler, so massiver Feindlichkeit ungewohnt, hat es schwer, seinen Anfang zu finden. „Meine Damen und Herren, ich habe auch etwas zu sagen...“ Der Lärm macht seine Worte unvernehmlich. „Es wird ein informeller Verständigungsfeldzug gegen mich geführt...“ Gelschier, Bubufe. Ein Transparent taucht über den Köpfen auf: „Mehr Niveau, Sie sind in Tübingen.“ Erhard's Beschwörungselmel: „Das deutsche Volk läßt sich nicht irremachen“ – hier zieht sie nicht.

...Ludwig Erhard kämpft weiter gegen den Lärm: „Wer diese Leistungen nicht sehen will, der ist mit Blindheit geschlagen, der ist nicht mehr zu retten...“ Das haben nicht die er-

worben, die da unten stehen, das hat das deutsche Volk über alle Parteien hinweg...“ Neue Transparente werden hochgehalten: „Er war kein echter Zwischenkanzler“, „Eisenerb stein“, „Einst sprach hier Hezel und jetzt doch! Der Kanzler gerät in Fahrt. Er läßt sich auch von Kiesinger, der ihn rät, die Zwischenrufe zu überhören nicht bremsen: „Ich versuche nicht zu den Krokodilern, sondern zu den realen deutschen Volk.“ Und er fährt seine Gegner an: „Sie wissen gar nicht, daß sie die akademische Würde beschmutzen, und schmähen...“ Ein blödes Geschrei da unten... „Pinscher, Pinscher, wau, wau, wau“, schallt es zurück.